



Erste Bevölkerungsreaktion zur Ausbürgerung Biermanns

18. November 1976

Information über erste Reaktionen der Bevölkerung der DDR zur Aberkennung der Staatsbürgerschaft der DDR des Wolf Biermann [Bericht O/32]

Quelle

BStU, MfS, ZAIG 5523, Bl. 1–4.

Serie (1976): Ablage O (Reaktion der Bevölkerung) – Der Bericht wurde Ende der 70er Jahre vom ZAIG-Sekretariat als Bericht K 3/4 der K-Reihe zugeordnet, im ZAIG-Berichtsverzeichnis aber als »K 3/5« bezeichnet.

Verteiler

Mielke (zurückgegeben April 1977), Beater, Wolf, Scholz, Mittig, Leiter HA XX, Schorm.

Vermerk (im Dokumentenkopf): ZAIG-Tagebuchnummer: »2936/76«.

Verweise

Informationen [791/76](#), [796/76](#), [798/76](#), [809/76](#), [811/76](#), [815/76](#), [817/76](#), [828/76](#), [829/76](#), [837/76](#) und [876/76](#) – Berichte [O/28](#) von Mitte September 1976, [O/33](#) vom 19.11.1976, [O/34](#) vom 22.11.1976 und [O/35](#) vom 25.11.1976.

Nach den bisher vorliegenden Hinweisen ist der Umfang der im Zusammenhang mit der Aberkennung der Staatsbürgerschaft der DDR für Biermann aus allen Bevölkerungsschichten der DDR bekannt gewordenen Reaktionen noch gering. Eine ganze Anzahl der vorliegenden Meinungsäußerungen lassen erkennen, dass viele Bürger bisher keine bzw. kaum Kenntnis von der Existenz und dem Wirken Biermanns hatten.

Die Aberkennung der Staatsbürgerschaft und die damit verbundene Ausweisung Biermanns aus der DDR werden vorliegenden Informationen zufolge überwiegend begrüßt. Dabei wird insbesondere zum Ausdruck gebracht, dass

- die von den zuständigen Organen getroffenen Maßnahmen richtig und notwendig waren,
- Menschen, die unseren Staat derart verleumdete, in der DDR nichts zu suchen hätten,
- Biermann nicht würdig sei, noch länger Bürger der DDR zu sein.

Oftmals wurde die Frage aufgeworfen, warum nicht schon eher etwas gegen Biermann unternommen worden sei und weshalb unser Staat so viel Geduld mit solch einem Element gehabt hätte. Vereinzelt werden in diesem Zusammenhang auch Forderungen erhoben, so wie mit Biermann auch mit anderen gegen die DDR feindlich eingestellten Personen zu verfahren und gegen diese in ähnlicher Weise vorzugehen. Dabei wird besonders auf Havemann und Kunze Bezug genommen.

In den Reaktionen wurde oft Unverständnis darüber geäußert, weshalb Biermann die Ausreise in die BRD gestattet wurde und damit praktisch erst sein öffentliches feindliches Auftreten gegen die DDR ermöglicht worden sei. Verschiedentlich wird die Meinung vertreten, dass es richtiger gewesen wäre, Biermann wegen seines feindlichen Auftretens zu inhaftieren und nach seiner Aburteilung in die BRD abzuschieben. In etlichen Meinungsäußerungen wird die Frage gestellt, ob die Aberkennung der Staatsbürgerschaft der DDR und die damit verbundene Ausweisung des Biermann wirklich unumgänglich und taktisch die beste Lösung gewesen sei und ob Biermann dadurch nicht zu sehr aufgewertet und in die Rolle eines »Märtyrers« gedrängt werde.

Wie intern aus Kreisen der katholischen Kirche in der Hauptstadt der DDR bekannt wurde, wolle man zu den Maßnahmen gegen Biermann nicht offiziell Stellung nehmen. Auch in Kreisen der Ordensgeistlichen stehe die Person Biermann »nicht zur Diskussion«.

Der Ordensobere der Franziskaner in der DDR, Pater Johannes, äußerte intern, dass er Biermann als Renegaten betrachte. Obwohl er der Politik der DDR nicht in jedem Fall zustimmen könne, betrachte er die Aberkennung der Staatsbürgerschaft und die Ausweisung Biermanns als logische Folge auf dessen Verhalten. Versuche Biermanns, in kirchlichen Kreisen Fuß zu fassen (Auftritt in Prenzlau), habe er abgelehnt. Negative und feindliche Reaktionen wurden bisher nur in Einzelfällen bekannt. Derartige Äußerungen stammen insbesondere von einzelnen Studenten, Angehörigen der medizinischen und technischen Intelligenz und Angestellten aus kulturellen Einrichtungen. In ihnen wird unter anderem zum Ausdruck gebracht,

- »die DDR steuere nach den Volkswahlen wieder einen harten Kurs, insbesondere auf dem Gebiet der Kulturpolitik,
- die DDR gehe jetzt auch dazu über, missliebige Personen, die nicht in die Parteilinie passen, abzuschieben,
- Biermann sei Kommunist und habe in seinen Liedern nur auf noch vorhandene Mängel und Missstände in der DDR aufmerksam machen wollen,
- die DDR habe sich mit der Ausweisung Biermanns international lächerlich gemacht,
- mit den Maßnahmen gegen Biermann fordere die DDR-Führung die gesamte Künstlerschaft heraus,
- die DDR-Organen hätten Biermann bewusst in die BRD ausreisen lassen, um ihn bei dieser Gelegenheit auszubürgern,
- die Ausweisung sei hinterhältig inszeniert worden.«

Seit der Veröffentlichung der Maßnahmen gegen Biermann sind im Stadtgebiet der Hauptstadt der DDR, insbesondere in den Stadtbezirken Mitte und Prenzlauer Berg, in elf Fällen von bisher unbekanntem Tätern Hetzlosungen geschmiert und Hetzschriften verbreitet worden. In allen Hetzlosungen wird »Hilfe und Freiheit« für Biermann gefordert und in einem Fall zu einer »Protestdemonstration« auf dem Alexanderplatz aufgerufen.

In Sonneberg, Bezirk Suhl, wurden an einer Litfaßsäule und einer Bretterwand Zettel mit der Aufschrift »Gegen Biermann, warum?« angebracht. In Leipzig wurde an die Tür einer Speisegaststätte die Losung »Es lebe Biermann« angeschmiert. Im Stadtgebiet von Jüterbog, Bezirk Potsdam, waren an den Eingangstüren zum VPKA und zur Hauptpost handschriftlich gefertigte Plakate mit Hetzlosungen gegen die Ausweisung Biermanns befestigt worden. (Täter ist eine mehrfach vorbestrafte, asoziale Person (26), die einen Antrag auf Übersiedlung in die BRD gestellt hat und mit dieser Handlung die Übersiedlungsgenehmigung erzwingen wollte.)¹

1

Vgl. zu den Protestaktionen ausführlich Grünbaum, Robert: Wolf Biermann 1976. Die Ausbürgerung und ihre Folgen. Erfurt 2006, S. 42–47.